

Was sollten Sie bei der Einstellung von geringfügig Beschäftigten (Minijobbern) beachten?

Achtung: Die Geringfügigkeitsgrenze liegt ab 2024 bei 538 € und ab 2025 bei 556 € pro Monat!

Soll das monatliche Arbeitsentgelt im Jahresdurchschnitt nicht mehr als 538 € betragen (inkl. regelmäßiger Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld)?

Ja

Nein

Lohnsteuer und Sozialversicherung: Sie müssen Sonderregelungen beachten und folgende Pauschalen auf Basis des Bruttolohns an die Minijob-Zentrale bzw. das Finanzamt abführen:

- 15 % Arbeitgeber-Pauschalbeitrag zur Rentenversicherung*
- 13 % Arbeitgeber-Pauschalbeitrag zur Krankenversicherung
- individueller Beitrag (Unfallversicherungsträger, Umlagen)
- 2 % pauschale Lohnsteuer (alternativ auch normale Lohnversteuerung möglich)

* **Befreiungsmöglichkeit:** Die Befreiung von der Rentenversicherungspflicht muss Ihr Minijobber beantragen.

Besondere Pauschalsätze gibt es für geringfügig Beschäftigte im Privathaushalt (vgl. Infografik zu diesem Thema).

Sie müssen neben der tariflichen Lohnsteuer folgenden Sozialversicherungssätze auf Grundlage des Bruttolohns an das Finanzamt bzw. die Krankenkasse abführen:

- 18,6 % gesetzliche Rentenversicherung
- 14,6 % gesetzliche Krankenversicherung (allgemeiner Satz und etwaiger Zusatzbeitrag)
- 3,4 % gesetzliche Pflegeversicherung (Entlastung von 0,25 % pro Kind ab dem zweiten Kind, Zuschlag von 0,6 % bei Kinderlosen)
- 2,6 % Arbeitslosenversicherung

Diese werden von Ihnen und Ihrem Arbeitnehmer hälftig getragen. Außerdem müssen Sie die Beiträge zur Unfallversicherung zahlen (Höhe je nach Art der Tätigkeit).

Mehrere Beschäftigungsverhältnisse eines Arbeitnehmers:

- **Mehr als eine geringfügige Beschäftigung neben der Hauptbeschäftigung:** Die zweite Neben- muss mit der versicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung zusammengerechnet werden. Hierdurch entstehen ggf. höhere Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.
- **Mehrere Minijobs ohne versicherungspflichtige Hauptbeschäftigung:** Die Arbeitsentgelte müssen zusammengerechnet werden. Wird dabei die Grenze von 538 € überschritten, sind alle Beschäftigungen versicherungspflichtig und die o.g. Pauschalen gelten nicht mehr.

Geringfügig Beschäftigte haben dieselben Arbeitsrechte wie regulär Beschäftigte, z.B.:

- Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, sonstige Prämien
- Mindestlohn (vgl. Infografik zu diesem Thema)
- Lohnfortzahlung bei Erkrankung oder an gesetzlichen Feiertagen, Mutterschutz
- Kündigungsschutz, wenn das Arbeitsverhältnis länger als sechs Monate besteht (bei Betrieben mit mehr als zehn Arbeitskräften)



Bei der Meldung an den Sozialversicherungsträger müssen Sie auch folgende Steuerinformationen übersenden:

- Steuer-Identifikationsnummer des Arbeitnehmers und Steuer- nummer des Arbeitgebers
- Angabe, ob eine Pauschalversteuerung erfolgt



Gut zu wissen

Ein unvorhersehbares Überschreiten der Geringfügigkeitsgrenze ist unschädlich, wenn dies im Jahr in max. zwei Monaten je max. um einen Betrag bis zur Höhe der Geringfügigkeitsgrenze passiert: ab dem 01.01.2024 also um max. 1.076 €.



Gut zu wissen

Lassen Sie sich von Ihrem Minijobber schriftlich bestätigen, dass er keine weiteren geringfügigen Beschäftigungen ausübt. Das kann Sie bei Sozial-, Versicherungs- und Steuerprüfungen ggf. vor Nachzahlungen schützen.

Gerne stehen wir zu Ihrer Verfügung

Bei Fragen zur Einstellung von geringfügig Beschäftigten können Sie gerne einen Termin mit uns vereinbaren.